

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 01.12.2009

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:42 Uhr - 19:10 Uhr

Vorsitz: Bürgermeisterin Petra Wessler

Beschlussfähigkeit

Soll: 9 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Tino Fritzsche

CDU-Ratsfraktion

dienstlich verhindert

Herr Frank Heymann

sachkundiger Einwohner

Urlaub

Frühzeitiges Verlassen

Herr Thomas Scherzberg

Fraktion DIE LINKE

TOP 4.3, 18:00 Uhr,
Teilnahme am
Bürgerforum

Stadtratsmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler

SPD-Fraktion

Herr Dr. Dieter Füsslein

Fraktion FDP

Herr Hans-Peter Lohse

Fraktion FDP

Herr Klaus Möstl

SPD-Fraktion

Frau Verona Schinkitz

Fraktion DIE LINKE

Herr Thomas Scherzberg

Fraktion DIE LINKE

Herr Falk Ulbrich

CDU-Ratsfraktion

Herr Volkmar Zschocke

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellv. Ausschussmitglied

Frau Margitta Hochmuth

CDU-Ratsfraktion

sachkundige Einwohner

Herr Udo Ehrhardt

Herr Detlef Hecker

Herr Jens Ueberschär

Herr Bernd Weber

weiteres Stadtratsmitglied

Frau Wilma Kleinertz

CDU-Ratsfraktion

bis TOP 4.3, 18:12 Uhr

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61	
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66	
Herr Thomas Loos	Abteilungsleiter Abt. 66.1	
Frau Kerstin Lull	Sachbearbeiterin Abt. 66.53	bis TOP 4.3, 18:12 Uhr
Herr Christian Pilz	Abteilungsleiter Abt. 61.4	bis TOP 7, 18:36 Uhr
Herr Klaus Ploch	Amtsleiter Amt 60	
Frau Beate Richter	Leiterin Abt. 60.1	
Herr Dieter Schmitt	Referent Dezernat 6	

Schriftführerin

Frau Isabel Antkowiak	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
-----------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Die **Ausschussvorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. **Frau Bürgermeisterin Wessler** gibt die Namen des entschuldigt fehlenden Ausschussmitgliedes und der anwesenden Stellvertreterin bekannt.

Frau Bürgermeisterin Wessler nimmt die Verpflichtung der sachkundigen Einwohner

Herr Udo Ehrhardt
Herr Detlef Hecker
Herr Jens Ueberschär
Herr Bernd Weber

auf der Grundlage des § 19 Abs. 1 und 2 SächsGemO vor:

Ich verpflichte Sie:

Wer eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt, muss die ihm übertragenen Aufgaben uneigennützig und verantwortungsbewusst erfüllen.

Der ehrenamtlich Tätige ist zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. Er darf die Kenntnis von geheim zuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwenden. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit fort.

Zusätzlich wird nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 9. März 1974 (BGBL. I S. 547) darauf hingewiesen, dass Sie als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete private und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die Ihnen anlässlich Ihrer Tätigkeit anvertraut oder sonst bekannt geworden sind, nicht unbefugt weitergeben dürfen und dass ein Verstoß den Tatbestand der §§ 203 und 353 b StGB erfüllen kann.

Mir ist bekannt, dass ich als ehrenamtlich Tätige/Tätiger gemäß § 20 Absatz 3 der SächsGemO jeden Tatbestand, der Befangenheit zur Folge haben kann, vor Beginn der Beratung dieser Angelegenheit der/dem Vorsitzenden, sonst der Oberbürgermeisterin mitzuteilen habe.

Die sachkundigen Einwohner erhalten die nichtöffentlichen Beratungsunterlagen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) stellt den Antrag, den **Tagesordnungspunkt 6** Beschlussanträge an den Planungs- und Umweltausschuss **nach dem Tagesordnungspunkt 3** Entscheidung über die Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses –öffentlich- vom 26.10.2009 und 27.10.2009 zu behandeln, da er wegen der Teilnahme am Bürgerforum die Sitzung 18:00 Uhr verlässt. Zu dieser Verfahrensweise erfolgt seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Es liegen **keine** weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 26.10.2009 und 27.10.2009

Gegen die Niederschriften vom 26.10.2009 und 27.10.2009 sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie sind somit **genehmigt**.

6 Beschlussanträge an den Planungs- und Umweltausschuss

6.1 Verkehrsberuhigung Adelsbergstraße Vorlage: BA-037/2009 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Beschlussantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion vor. Ihn verwundert, dass laut der Stellungnahme der Verwaltung noch eine verkehrsplanerische Prüfung notwendig sei, um die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen schaffen zu können. Er habe nach Rücksprache mit der Verkehrsbehörde im Jahr 2008 die Information erhalten, dass die Untersuchung für das Jahr 2009 geplant und eine Realisierung eventuell ab dem Jahr 2010 möglich sei. Aus diesem Grund möchte Herr Zschocke wissen, warum die Untersuchung noch nicht erfolgt sei. In diesem Zusammenhang erinnert er auch an das Thema Schulwegsicherheit, da es in bestimmten Abschnitten keinen Fußweg gebe. Die vorzunehmende Untersuchung könne nicht so aufwendig sein. Die Voraussetzungen für eine Tempo 30-Zone seien relativ leicht zu erfüllen.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erklärt, dass die Vorbereitung in diesem Jahr nicht erfolgen konnte, da der dafür zuständige Bearbeiter sich erfolgreich auf eine andere Stelle beworben habe. Die freigewordene Stelle werde erst wieder zum 01. Januar 2010 neu besetzt.

Herr Hecker (sachkundiger Einwohner) weist auf einen redaktionellen Fehler in der Begründung des Beschlussantrages hin. Statt Verkaufsaufkommen müsse es Verkehrsaufkommen heißen.

Beschluss BA-037/2009

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung bereits vorliegender Anträge die beidseitige Ausweitung der vorhandenen Tempo 30 -Zonen für die gesamte Adelsbergstraße vorzubereiten und dem Planungs- und Umweltausschuss schnellstmöglich, spätestens jedoch im ersten Halbjahr 2010 zum Beschluss vorzulegen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete verkehrsorganisatorische Maßnahmen zu treffen, um durchfahrenden Schwerlastverkehr über die Adelsbergstraße zu beschränken. Dem Planungs- und Umweltausschuss ist dazu im ersten Halbjahr 2010 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)**

- 6.2 Aufstellung eines Bebauungsplans zur Umsetzung des Zentrenkonzeptes in Helbersdorf
Vorlage: BA-040/2009 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) stellt den Beschlussantrag vor.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ist der Meinung, dass sich der Investor des Vita-Centers um die Mietverträge in seinem Center kümmern müsse. Er könne nicht darauf warten, dass die Stadt Chemnitz ihn bei der Suche nach einem großen Einzelhandelsmieter im Bereich Lebensmittel unterstütze. Man habe zwei Standorte und zwei Investoren, die beide ca. 4000 m² Einzelhandel auf der Paul-Bertz-Straße bzw. Dr.-Sallvador-Allendestraße ansiedeln wollen. Herr Dr. Füsslein halte es für klug, sich beide Optionen der Investition offen zu halten und eine faire Abwägung beider Standorte vorzunehmen. Die Fraktion FDP werde dem Beschlussantrag nicht zu stimmen.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) kann die Argumente von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** nicht von der Hand weisen. Allerdings gebe es eine andere Beschlusslage.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erklärt, dass der Stadtrat eine Abwägung der Standorte im Jahr 2006 beim Beschluss des Einzelhandels- und Zentrenkonzept vorgenommen habe. Er gibt zu bedenken, dass ein Zentrenkonzept nur anwendbar sei, wenn es konsequent durchgesetzt werde. Damit sei der Beschlussantrag aus Sicht der Verwaltung schlüssig.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, dass das Einzelhandelskonzept die Willensbekundung des Stadtrates sei. Es könne aber im Einzelfall nicht unbedingt rechtsverbindlich durchgesetzt werden. Der Beschlussantrag soll dabei helfen, dass das Zentrenkonzept vor Ort seine rechtsverbindliche Wirkung entfalten könne.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, es sei schade, dass formelle Gesichtspunkte angeführt werden, um damit eine wirtschaftliche Option der Stadt Chemnitz aufzugeben. Er folge dem Standpunkt nicht.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass das Festhalten am Zentrenkonzept nicht der einzige Grund für den Beschlussantrag sei. Sie habe konsequent an jeder Beratung der WCH teilgenommen. Dabei wurden die Vorteile aus der Sicht der WCH und Kaufland für das Einzugsgebiet dargestellt. Trotz dessen sei Frau Schinkitz der Meinung, dass es nicht das Richtige für dieses Wohngebiet sei.

Für **Herrn Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** sei das Aufstellen eines Bebauungsplanes nicht notwendig, da das Zentrenkonzept dies ordentlich abdecke. Er würde gern die vom Kaufland angebotene Zulässigkeitsstudie abwarten. Er möchte wissen, ob die Stadt Chemnitz schon eine Antwort von Edeka habe, wann die Investition auf der Paul-Bertz-Straße erfolgen solle.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sagt, dass der Beschlussantrag eine Stringenz in der Beschlussfassung darstelle. Es sei richtig, dass Kaufland ein Gutachten angeboten habe. Konkret liege bis heute aber noch kein Antrag vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** erklärt **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)**, dass die Firma Edeka einen Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gestellt habe. Eine Investitionsentscheidung sei noch nicht gefallen.

Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP) befremdet die Verfahrensweise. Die Stadt Chemnitz stelle immer sofort einen Bebauungsplan auf, sobald ein Investor äußert, eine Investition tätigen zu wollen.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sagt, dass die Stadt Chemnitz seit dem Jahr 2001 mit einem Zentrenkonzept arbeite. Dies habe zu einer Investitionssicherheit geführt.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) habe das Zentrenkonzept aktiv begleitet. Er halte es für eine gute Linie. Er stelle die Frage in den Raum, was es schaden könne im Januar eine Abwägung beider Möglichkeiten vorzunehmen. Er halte es für einen Fehler, dass die Stadt Chemnitz per Beschluss eine von zwei Optionen aussortiere, nur weil dies nicht in das Konzept passe.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) ist der Auffassung, dass Beschlüsse eingehalten werden müssen. Ausnahmen stellen das Zentrenkonzept in Frage.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) stellt den Antrag, dass die Verwaltung bis Januar beide Standorte schriftlich abwägt.

Herr Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) entgegnet, dass dieser Antrag den Beschlussantrag nicht qualifiziere. Es sei ein anderer Sachverhalt und könne bezüglich dieses Antrages nicht abgestimmt werden.

Frau Bürgermeisterin Wesseler fügt hinzu, dass das Abstimmungsverhalten jedes Einzelnen über den Beschlussantrag zeige, ob der Antrag von Herrn Dr. Füsslein eine Alternative sei. Aus diesem Grund stellt Frau Bürgermeisterin Wesseler den von den drei Fraktionen eingebrachten Beschlussantrag zur Abstimmung.

Beschluss BA-040/2009

Für das im Übersichtsplan markierte Flurstück 102/28 der Gemarkung Helbersdorf (s. Anlage) ist ein Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2a BauGB aufzustellen. Der Übersichtsplan (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses. Planungsziel ist insbesondere der Ausschluss von Einzelhandelsnutzungen im Planungsumgriff, um zentrale Versorgungsbereiche im Sinne des Zentrenkonzeptes der Stadt Chemnitz zu erhalten und schädliche Fernwirkungen zu vermeiden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)**

4 Beschlussvorlagen an den Stadtrat

- 4.1 Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz
(Bereich Heinrich-Schütz-Straße zwischen Planitzwiese und Zeisigwaldkliniken im Stadtteil Sonnenberg)
Vorlage: B-475/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, wieso die in der Anlage 3 der Vorlage benannten Flächen 1 und 3 als gewerbliche Bauflächen und nicht wie die Fläche 2 als Sondergebiet mit Zweckbestimmung ausgewiesen wurden.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) erklärt, man habe sich bewusst bei den Teilflächen 1 und 3 für die Ausweisung als gewerbliche Baufläche entschieden, um sich die Chance einer flexiblen aber eingeschränkten gewerblichen Nutzung offen zu halten.

Der Planungs- und Umweltausschuss stimmt en bloc dem **Punkt 1 Buchstabe a)** Ordn.-Nr. 2, Ordn.-Nr. 10 und Ordn.-Nr. 30 **einstimmig** (9 Ja-Stimmen), dem **Punkt 1 Buchstabe b)** Ordn.-Nr. 1 **einstimmig** (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) und en bloc den **Punkten 2 bis 4 einstimmig** (9 Ja-Stimmen) zu und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

- 4.2 Umgang mit Ersatzneubauten von Lebensmittelmärkten im Zentrenkonzept
Vorlage: B-446/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Frau Bürgermeisterin Wesseler sagt, dass die Verwaltung die Variante 1 des Beschlussvorschlages favorisiere.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erklärt, dass die Verwaltung im August dieses Jahres eine Vorlage zu einer Verlagerung eines Penny-Marktes mit einem negativen Beschlussvorschlag in den Planungs- und Umweltausschuss eingebracht habe, der mit Stimmgleichheit abgelehnt wurde. Die Variante 1 des neuen Beschlussvorschlages zielt darauf ab, den damaligen Beschluss aufzuheben und unter Berücksichtigung des Zentrenkonzeptes Klarheit zu schaffen. Der neue Standort decke keine Versorgungslücke ab. Sollte der Verlagerung des Marktes entsprechend der Variante 2 des neuen Beschlussvorschlages erfolgen, müsse eine Änderung des Zentrenkonzeptes durch den Stadtrat beschlossen werden. Die Verwaltung plädiere die Beschlüsse zum Zentrenkonzept aufrechtzuerhalten und die Variante 1 des Beschlussvorschlages zu beschließen.

Der Planungs- und Umweltausschuss **lehnt** den die **Variante 1** des Beschluss-schlages mehrheitlich (4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen) **ab** und empfiehlt dem Stadtrat die Vorlage abzulehnen.

Der Planungs- und Umweltausschuss **stimmt** der **Variante 2** des Beschluss-schlages **mehrheitlich** (5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen) **zu** und empfiehlt dem Stadtrat die Vorlage zu beschließen.

4.3 Grundsatzentscheidung zum Bau des Haltepunktes KÜCHWALD
Vorlage: B-121/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

Frau Lull (Sachbearbeiterin Abt. 66.53) stellt den erreichten Sachstand mit Hilfe einer Präsentation vor.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) sagt, dass das Errichten eines Haltepunktes für die Bürger gut klinge. Er habe aber Bedenken, da die Resonanz bei einem Probelauf sehr gering gewesen sei. Ihn interessiert, ob es Erkenntnisse über die Nutzung unter Einbeziehung der neuen Varianten gebe. Bei einer geringen Frequenz und unter Berücksichtigung der Haushaltslage sowie den nur eventuell kommenden Fördermitteln, werde er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Frau Lull (Sachbearbeiterin Abt. 66.53) erklärt, dass im Vorlaufbetrieb des Verkehrsverbund Mittelsachsens 6 bis 184 Fahrgäste pro Tag befördert wurden. Nach wie vor können aber die erzielten Fahrgäste nicht die Baukosten und Betriebskosten erwirtschaften.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt zu bedenken, dass das preiswertere Modell der Nahverkehr sei. Aus ökologischen Gründen und Gründen der Haushaltskonsolidierung müsse man auf den Nahverkehr setzen. Er kritisiert, dass die Kosteneinsparung durch die Entwicklung eines attraktiven S-Bahnnetzes in der Vorlage nicht dargestellt wurde. Herr Zschocke sagt, es sei falsch nicht zu investieren. Aus Sicht der Folgekosten verursacht der motorisierte Individualverkehr wesentlich mehr Kosten. Man müsse konsequent umsteuern.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) merkt an, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht ausdrücke, dass eine Umsetzung gar nicht erfolge, sondern dass es zurzeit dringlichere Vorhaben in der Stadt Chemnitz gebe. Er schlägt eine Wiedervorlage im Jahr 2013 vor.

Frau Stadträtin Kleinertz (CDU-Ratsfraktion) bedankt sich bei **Frau Bürgermeisterin Wesseler** und **Frau Lull (Sachbearbeiterin Abt. 66.53)** für die gute Zusammenarbeit. Allerdings seien die Bürger aufgrund der Langwierigkeit verärgert. Sie gibt zu bedenken, dass die Lage des Haltepunktes für die Nutzer ungünstig gelegen sei. Sie bittet um Rücksprache mit der Landesdirektion, ob nicht doch die eingeleitete Variante gebaut werden könne. Dadurch könnte der Haltepunkt in die Nähe der Nutzer verlegt werden.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) nimmt diese Bitte mit. Allerdings sei eine attraktive zweigleisige elektrifizierte Verbindung nach Leipzig Grundlage für die gesamte Region. An diesem Kriterium werde sich auch die Bewertung der Landesdirektion messen lassen. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt Chemnitz für das Chemnitzer Modell kein Geld im Haushaltsplan eingestellt habe. Es sei integriert im Verkehrsverbund Mittelsachsen, der auch nicht überfordert werden könne. Das Schaffen neuer Haltepunkte könne nur im Gleichklang der Entwicklung des Chem-

nitzer Modells erfolgen.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) sagt, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag von **Herrn Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** folgen würde, wenn **Frau Stadträtin Kleinertz (CDU-Ratsfraktion)** damit einverstanden sei.

Frau Stadträtin Kleinertz (CDU-Ratsfraktion) bietet einen Stellwerksbesuch an. Allerdings befürchte sie bei einer Wiedervorlage im Jahr 2013, dass die Lage des Bahnsteiges nicht mehr geändert werden könne.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet die unbedingte Zweigleisigkeit an den Haaren herbeigezogen. Schließlich seien die Ausfahrt und die Brücken über die Chemnitz auch eingleisig. Bei einer Wiedervorlage im Jahr 2013 entstehe unter volkswirtschaftlicher Betrachtung ein höherer Aufwand für eine unnötige Lösung. Das Kostenargument sollte man in den Mittelpunkt rücken. Es werde ganz bewusst eine Maßnahme verteuert, damit diese kurzfristig nicht realisiert werden könne.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sieht das nicht so. Der Vorschlag der modularen Vorgehensweise liege auf dem Tisch des Hauses. Er gibt zu bedenken, dass der Knotenpunkt Leipzig sei. Diese Verbindung müsse intakt sein.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass die Zweigleisigkeit unbedingt zu prüfen sei. Er schlägt vor, die Planung des Haltepunktes im Zusammenhang mit dem Ausbau der Strecke nach Leipzig und dem Ausbau des Hauptbahnhofes einzuplanen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) kann die Argumente aus der Beschlussvorlage teilweise nachvollziehen. Er gibt zu bedenken, dass bei Beschluss der Vorlage bzw. Modifizierung durch die Wiedervorlage im Jahr 2013, diese Vorlage aus dem Auge verloren werde. Sollten sich die Förderbedingungen für den Klimaschutz in den nächsten Jahren ändern, benötige man ein fertiges Projekt, welches sofort eingereicht werden könne. Aus diesem Grund könne er dem Vorschlag es generell „zu den Akten zulegen“ nicht folgen. Es sei ihm wichtig, dass das Thema weiter verfolgt werde und die Möglichkeit des Baus des einen Bahnsteiges geprüft werden sollte. Er stellt die Frage, ob die Grundsatzentscheidung jetzt getroffen werden müsse.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erklärt, dass es zwei Möglichkeiten gebe. Zum Einen kann die Stadt Chemnitz es weiter allein betreiben. Zum Anderen könne die Stadt Chemnitz offiziell einen Antrag beim Verkehrsverbund Mittelsachsen auf Errichtung eines Haltepunktes im Zusammenhang mit dem Chemnitzer Modell stellen. Mit der zweiten Variante benötige man keinen Grundsatzbeschluss sondern einen Auftrag an die Verwaltung.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) möchte wissen, wie viel Zeit der Verkehrsverbund Mittelsachsen zur Prüfung benötige.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) sagt, der Zweckverband tage dreimal im Jahr.

Der Planungs- und Umweltausschuss **lehnt** die Beschlussvorlage **mehrheitlich** (2 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen) **ab** und empfiehlt dem Stadtrat die Vorlage nicht zu beschließen.

5 Beschlussvorlagen an den Planungs- und Umweltausschuss

- 5.1 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/22 Adelsberger Höhe
Vorlage: B-469/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) möchte wissen, wieso die Plangebietsfläche zu einem Mischgebiet entwickelt werden solle und welchen Status das angrenzende Gebiet habe.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erklärt, dass das Mischgebiet eine Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan sei, um ein separates Planänderungsverfahren zu vermeiden, vor dem Hintergrund der Planungsziele Wohnen und Geschäfts- und Büroeinheiten.

Beschluss B-469/2009

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. In der Gemarkung Adelsberg im Bereich an der Walter-Janka-Straße zwischen dem Grundstück mit Mehrfamilienhausbebauung an der Zschopauer Straße und dem Einfamilienhausgrundstück an dem brachliegenden Schulgebäude soll der Bebauungsplan Nr. 09/22 Adelsberger Höhe gemäß §§2 Abs.1 und 2a BauGB aufgestellt werden.

Die Plangebietsfläche soll entsprechend der Darstellung im wirksamen Flächennutzungsplan zu einem Mischgebiet gemäß Baunutzungsverordnung entwickelt werden. Die zulässige Art der baulichen Nutzung wird auf Einfamilienhäuser und Geschäfts- und Bürogebäude gemäß §6 BauNVO beschränkt.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes umfasst eine Teilfläche des Flurstückes Nr. 786/43 der Gemarkung Adelsberg mit ca. 1,0 ha Größe (siehe Anlage 3, Seite 1).

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach §3 Abs.1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)**

- 5.2 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/23 Wohngebiet Aubergrund
Vorlage: B-472/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, was mit dem vorhandenen Baumbestand im ausgewiesenen Gebiet geschehe.

Herr Bonitz (Architekturbüro Bonitz) erklärt, dass trotz des beschleunigten Verfahrens die Belange des Umweltschutzes nicht ignoriert wurden. Das Ziel sei es, den Baumbestand weitgehend zu erhalten.

Gegen den Vorschlag von **Herrn Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** den Beschlussvorschlag um den Zusatz des Erhalts des weitgehenden Baumbestandes spreche nach Aussage von **Herrn Butenop (Amtsleiter Amt 61)** nichts.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ist der Auffassung, dass das Aufstellen von Vorgaben im Vorhinein nicht notwendig sei.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage. Demnach soll in den Beschlussvorschlag ein dritter Punkt aufgenommen werden mit folgendem Wortlaut:

Der vorhandene Baumbestand ist weitestgehend zu erhalten.

Abstimmung über den Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt (2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 4 Gegenstimmen)

Beschluss B-472/2009

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Für das Plangebiet des Flurstücks Nr. 1/1 der Gemarkung Rottluff soll der Bebauungsplan Nr. 09/23 Wohngebiet Aberggrund aufgestellt werden.

Planungsziel ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets gemäß § 4 BauNVO. Damit wird der Bebauungsplan gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB (vereinfachtes Verfahren) aufgestellt werden.

Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)**

- 5.3 Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95/16 "Arno-Holz-Siedlung"
Vorlage: B-473/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Füsslein (Fraktion FDP) möchte wissen, was passiere, wenn der Status Quo erhalten bleibe.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sagt, man könne es auch so lassen wie es zurzeit sei. Allerdings passen die Vorhaben des jetzigen Projektentwicklers nicht dazu. Demzufolge könne dieser es nur zu den vorgegebenen Rahmenbedingungen realisieren oder zurücktreten. Dann müsse sich jedoch die Stadt Chemnitz einen neuen Investor suchen.

Beschluss B-473/2009

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Für das Gebiet der 1. Änderung des Bebauungsplans „Arno-Holz-Siedlung“, betreffend die Flurstücke Nrn. 119/60 und 119/61 sowie eine Teilfläche des Flurstücks Nr. 119/120 der Gemarkung Adelsberg, ist ein Bebauungsplan aufzustellen.

Der räumliche Geltungsbereich wird durch die Planzeichnung (Anlage 3) bestimmt.

Folgende Planungsziele werden angestrebt:

- Zulässigkeit auch von Einzel- und Doppelhäusern, wo bisher nur Hausgruppen zulässig sind,
- dementsprechende Anpassung des Maßes der baulichen Nutzung,
- dementsprechende Anpassung der überbaubaren Grundstücksflächen,
- Minimierung der Straßenverkehrsfläche und Festsetzung dieser als private Fläche,
- Verzicht auf Festsetzung einer privaten Grünfläche (Zweckbestimmung Spielplatz).

2. Der Bebauungsplan soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 1 BauGB aufgestellt werden.

Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)**

- 5.4 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/12 EDEKA-Einkaufsmarkt an der Irkutsker Straße
Vorlage: B-466/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hebt die geplante Dachbegrünung bei dieser und der folgenden Vorlage positiv hervor. Allerdings erscheint ihm bei beiden Vorlagen die Anzahl der Pkw-Stellflächen zu hoch. Er möchte wissen, ob es seitens der Stadt Chemnitz Bemühungen zur Verhandlung mit dem Vorhabenträger gegeben habe, die Stellplatzmenge zu reduzieren.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erinnert, dass es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt. Damit sei der Vorhabenträger auch Entwurfsverfasser.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) schlägt vor, den Vorhabenträger zu hören. Er fügt hinzu, dass das Stadtplanungsamt hinter der vorgelegten Fassung stehe.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) bittet um Klarstellung der genauen Stellplatzmenge.

Herr Mahnert (Architekturbüro Mahnert) erklärt, dass laut Verwaltungsvorschrift pro 20 m² Verkaufsfläche ein Stellplatz zur Verfügung stehen müsse. Für das Objekt habe man nach Rücksprache mit der Verwaltung 90 Stellplätze geplant. Diese 90 Stellplätze stellen nach Rückfrage von **Herrn Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** auch die zulässige Untergrenze dar.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) bemerkt, dass der in der Anlage 4, auf Seite 32 der Beschlussvorlage ausgewiesene Entwurf des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes nicht mehr aktuell sei.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erinnert an die langen Vorlaufzeiten einer Beschlussvorlage. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung sei dies aktuell gewesen.

Beschluss B-466/2009

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 08/12 EDEKA-Einkaufsmarkt an der Irkutsker Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), sowie die Begründung werden in der Fassung vom 15.10.2009 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(8 Ja-Stimmen)**

- 5.5 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/09 EDEKA-Markt an der Blankenauer Straße 41
Vorlage: B-467/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** nach der Mindeststellplatzmenge erklärt **Herr Mahnert (Architekturbüro Mahnert)**, dass bei diesem Objekt mit viel Fahrgastschaft zu rechnen sei. Damit benötige man pro 15 m² Verkaufsfläche einen Stellplatz.

Beschluss B-467/2009

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 09/09 EDEKA-Markt an der Blankenauer Straße 41, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), sowie die Begründung werden in der Fassung vom 15.10.2009 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(8 Ja-Stimmen)**

- 7 Umsetzung des Konjunkturprogramms für Investitionen in Kommunen (K II)
-

Frau Richter (Leiterin Abt.60.1) informiert zum Stand der Umsetzung des Konjunkturprogrammes:

Derzeit sind 93 Maßnahmen bewilligt, 32 Maßnahmen im Bau und 9 Maßnahmen bereits abgeschlossen. Der Beauftragungsstand liegt bei 8,9 Mio. €. Der überwiegende Teil der Maßnahmen befindet sich in den Leistungsphasen 6 bis 8.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, in welcher Leistungsphase sich das Umweltzentrum befinde.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sagt, dass die Planung schon recht weit vorangeschritten eine Ausschreibung aber noch nicht erfolgt sei. Auch diese Maßnahme werde Ende 2010 vollständig abgeschlossen sein.

Herr Hecker (sachkundiger Einwohner) merkt an, dass die erheblichen Heizkesselenerneuerungen zu erheblichen Klimaschutzmaßnahmen führen. Er bittet um Auflistung der dadurch entstandenen CO₂ Einsparungen.

Frau Bürgermeisterin Wesseler nimmt diesen Hinweis mit. Es könne ein Unterpunkt in der für Februar vorzubereitenden Zwischenbilanz zum Konjunkturprogramm II darstellen.

8 Verschiedenes

8.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) beantwortet die von **Herrn Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** im letzten Ausschuss gestellten Fragen:

1. Sachstand Südverbund Teil IV

Das Straßenbauamt werde in der Januarsitzung des Planungs- und Umweltausschusses für Fragen zur Verfügung stellen und den Planungsstand erläutern.

2. Zeitablauf der Baumaßnahme Annaberger Straße/Steinweg – Hinweis auf ein Verkehrschaos

An diesem Standort gibt es eine verkehrabhängig geschaltete Baustellenampel. Der Baubetrieb habe seine Baumaschine neben die Induktionsschleife gestellt. Damit konnten die Induktionsschleifen nicht tätig werden. Dieses Problem wurde behoben. Seit diesem Zeitpunkt habe es keine weiteren Beschwerden gegeben.

Herr Loos (Abteilungsleiter Abt. 66.2) stellt den zeitlichen Ablauf der Baumaßnahme vor. Man rechne mit einer Fertigstellung am 15.11.2010.

Auf Bitte von **Frau Stadträtin Hochmuth (CDU-Ratsfraktion)** wird **Herrn Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** der Bauzeitenplan durch das Tiefbauamt übergeben.

8.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erinnert an die ihr versprochene schriftliche Antwort zum Thema Stadtbad.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sichert eine schriftliche Antwort noch in dieser Woche zu.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) fragt nach dem neusten Stand der Planung des Ausbaus der Zschopauer Straße vom Südverbund bis zur Gornauer Straße.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) informiert, dass die Stadt Chemnitz der Landesdirektion Chemnitz die Antworten auf die 2. Auslegung in diesem Monat übergeben werde. Parallel dazu arbeite die Landesdirektion Chemnitz am Planfeststellungsbeschluss. Man hoffe auf einen Planfeststellungsbeschluss im Januar.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) möchte über die Umsetzung der Beschlüsse zur Verleihung des Architekturpreises der Stadt Chemnitz und zur Energieeinsparverordnung informiert werden.

Frau Bürgermeisterin Wessler informiert, dass eine Vorlage zum Architekturpreis der Stadt Chemnitz vorbereitet sei. Der Preis werde durch Sponsorenleistungen finanziert.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) fügt hinzu, dass diese Vorlage eine Beschlussvorlage an den Stadtrat sei.

Frau Bürgermeisterin Wessler informiert weiterhin, dass das Thema der Energieeinsparung in das Dezernat 3 falle. Dazu erfolge ein Bericht in der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert an die Frage eines Bürgers in der Einwohnerversammlung West nach der Wegeverbindung zwischen Horst-Menzel-Straße und Schiersandstraße. Er möchte wissen, was die Verwaltung dem Bürger geantwortet habe. Außerdem fragt es nach den aktuellen Verhandlungen mit dem Vorhabenträger zum Wegerecht.

Frau Bürgermeisterin Wessler sichert **Herrn Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** eine Kopie des Antwortschreibens zu, wenn dies an den Bürger verschickt werde.

Ob zum Wegerecht Aussagen getroffen wurden, kann **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** nicht beantworten.

Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP) erinnert an die Festlegungen des Beschlusses zum SEKo aus der letzten Stadtratsitzung. Die Verwaltung soll prüfen, wie die Gebiete Markersdorf und Hutholz ausgewiesen werden können. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob der gesetzte Termin 16.12.2009 eingehalten werden könne.

Frau Bürgermeisterin Wessler sagt, dass diese Prüfung noch auf der Agenda stehe. Wie mit diesem Beschluss umgegangen werden solle, möchte sie den Stadträten vor der Sitzung des Stadtrates noch zukommen lassen.

Herr Weber (sachkundiger Einwohner) möchte wissen, ob es für die Erarbeitung der 8 Stadtteilkonzepte aus dem SEKo eine Rangfolge gebe. Außerdem schlägt er vor, einen Katalog über die bestehenden Industriebrachen in der Stadt Chemnitz zu erarbeiten. Herr Weber erinnert an die Kreuzung Bahnhofstraße/Augustusburger Straße. Er ist der Meinung, dass ein Blitzer in Richtung Bahnhof viele Autofahrer vom zu schnell Fahren abhalten würde.

Frau Bürgermeisterin Wessler sagt, dass im nächsten Planungs- und Umweltausschuss ein Terminplan zur Umsetzung der Quartierskonzepte vorgestellt werden könne.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) informiert, dass an der von **Herrn Weber (sachkundiger Einwohner)** angesprochenen Kreuzung eine Spursignalisierung für Linksabbieger Ende des ersten Quartals 2010 eingebaut werde.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erklärt, dass ein Katalog über die Industriebranchen in Arbeit sei. Allerdings werde die Fertigstellung aufgrund der Personalsituation im Amt noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass zeitnah die Aufgabenstellung der einzelnen Stadtteilkonzepte diskutiert und eine Prioritätenliste erarbeitet werden müsse. Außerdem benötige man dringend eine Aufgabenstellung für das Kuratorium Stadtgestaltung.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sagt, dass alle Stadtteilkonzepte parallel erarbeitet werden. Man strebe eine Entwurfsfassung im Sommer 2010 an, die im Herbst 2010 in einen Diskussionsprozess eingebracht werden könne. Es sei geplant, die Quartierskonzepte kurz und prägnant zu halten.

Frau Bürgermeisterin Wesseler schlägt die Vorstellung eines Musters zum Aufbau und Umfang der Quartierskonzepte vor, welches dem Ausschuss vorgestellt werden kann.

- 9 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wesseler schließt die Sitzung.

14.12.2009 gez. Wesseler
Datum Wesseler
 Vorsitzende
 des Ausschusses

14.12.2009 gez. Möstl
Datum Möstl
 Mitglied
 des Ausschusses

14.12.2009 gez. Lohse
Datum Lohse
 Mitglied
 des Ausschusses

07.12.2009 gez. Antkowiak
Datum Antkowiak
 Schriftführerin